P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr
der Stadt Georgsmarienhütte vom 29.05.2017
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173,

Anwesend:

Vorsitzender

Beermann, Volker

Mitglieder

Büter, Rainer

Dierker, Heinz

Gröne, Christoph

für Florian Kahler

Kir, Emine

Knappeide, Christine

Kompa, Peter

Lorenz, Robert

Lüchtfeld, Johanna

Müller, Arne

Pesch, Karl-Heinz

Sprekelmeyer, Stephan

Weckermann, Irina

Verwaltung

Pohlmann, Ansgar

Dimek, Torsten

Frühling, Manfred

Möllenkamp, Andreas Umweltbeauftragter

Protokollführer/in

Kovermann, Philipp

Fehlende Mitglieder

Kahler, Florian

Welkener, Jörg

Gäste

Sudau, Wolf-Dieter

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:41 Uhr

T a g e s o r d n u n g

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. FB IV/05/2017 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 02.05.2017
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Neue Stadtbuslinie 454
3.2.	Fließgewässerentwicklung „Am Breenbach“
3.3.	Modellprojekt Tempo-30-Zonen
3.4.	Bau der Dütebrücke in der Eisenbahnstraße
4.	OTE Alt-Georgsmarienhütte Vorplanung Parkraumstudie Vorlage: BV/099/2017
5.	Kirchstraße - Vorplanung zur Vernetzung der Dienstleistungseinrichtungen Vorlage: BV/103/2017
6.	Oberflächenentwässerung Im Mühlenbruch Vorlage: BV/051/2017
6.1.	Oberflächenentwässerung Im Mühlenbruch Vorlage: BV/051/2017/1
7.	Bebauungsplan Nr. 26 "Frommeyerweg/Fasanenweg" (Alt-GMHütte) - 2. Änderung Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB - Abwägung Vorlage: BV/079/2017
8.	Bebauungsplan Nr. 106 "Ortkern Oesede-West" Beschluss zur Aufstellung einer 9. Änderung und Beschluss zur Beteiligung gem. BauGB Vorlage: BV/097/2017
9.	Bebauungsplan Nr. 283 "Innenentwicklung Glatzer Straße/Ottoschacht" -Antrag zur Aufstellung Vorlage: BV/087/2017
10.	Erlass einer Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 215 "Gewerbegebiet Werner-von Siemens-Straße" - Satzungsbeschluss Vorlage: BV/089/2017
11.	Bebauungsplan Nr. 213 "Im Sundern" - 1. Änderung -

Abwägung der Stellungnahmen zur 2. erneuten Beteiligung
gemäß § 4a Abs. 3 BauGB - Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/086/2017

12. Flächennutzungsplan 74. Änderung / Bereich "Im Spell / Stadtring" (Oesede)
Beschluss zur Aufstellung
Vorlage: BV/095/2017
13. Bebauungsplan Nr. 284 "Im Spell / Stadtring"
Beschluss zur Aufstellung
Vorlage: BV/096/2017
14. Beantwortung von Anfragen
 - 14.1. Höhenunterschied Feldweg zu Unterer Gartbrink
 - 14.2. Regenrückhaltebecken Kruseweg
 - 14.3. Baumfällarbeiten unterhalb Forsthaus
 - 14.4. Abfallsammelstelle Bardinghaushof
15. Anfragen
 - 15.1. Plakattafeln zur Bundestagswahl
 - 15.2. Springkraut

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Beermann eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 9 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. FB IV/05/2017 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 02.05.2017

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig bei einer Enthaltung gefasst:

Das Protokoll Nr. FB IV/05/2017 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 02.05.2017 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Neue Stadtbuslinie 454

Ab dem 03.08.2017 startet die neue Stadtbuslinie 454 Gildehaus - Franziskus Hospital. Die Haltestellen wurden festgelegt, eine straßenverkehrsbehördliche Anordnung ist erfolgt. Die Buslinie erhält aktualisiert die Nummer 454 (bisher erfolgte die Bezeichnung Buslinie 453, aus konzessionsrechtlichen Gründen war die Umbenennung erforderlich). Der Bus fährt als AnrufBus im Stundentakt.

Zu der Anfrage von Ratsmitglied Beermann, ob die Haltestelle an der Brüsseler Straße des StadtBusses mit der vorhandenen Haltestelle "Heheland" an der Alten Heerstraße kombiniert werden kann, ist in diesem Zusammenhang nachfolgendes auszuführen:

Nach Auskunft der PLANOS ist eine Zusammenlegung nicht sinnvoll, da die Haltestelle "Heheland" gerade im dortigen Bereich in unmittelbarer Nähe zu den dort angesiedelten Firmen gut angenommen wird und eine Verlegung zu der Haltestelle "Brüsseler Straße" als nicht sinnvoll erachtet wird. Eine Verlegung würde auch die Versetzung des Buswartehäuschens etc. nach sich ziehen. Gerade im Hinblick darauf, dass diese neue Stadtbuslinie 454 zunächst zeitlich befristet eingerichtet wird und es noch zu Änderungen der Haltepunkte kommen könnte, soll die jetzige Haltestelle "Heheland" am ursprünglichen Standort bestehen bleiben.

(Der StadtBus hingegen kommt von der Dorfstraße auf die Brüsseler Straße und fährt nicht an der Haltestelle "Heheland" vorbei.)

3.2. Fließgewässerentwicklung „Am Breenbach“

Wie in der Presse berichtet wurde mit der Umsetzung der Maßnahme begonnen. Dazu wurde in der Baueinweisung der Ablauf vereinbart. Danach sollte zunächst der noch zu sondierende Streifen entlang der Ackerfläche gerodet werden.

Im Zuge dieser Maßnahme wurde festgestellt, dass sich unter den Baumstubben Moor befindet, so dass ein Befahren der Fläche ausgeschlossen ist. Dies war auf Grund des vorliegenden Bodengutachtens so nicht zu erwarten. Daraufhin wurde festgelegt, dass der Bereich der Fläche, auf der Sukzessionswald entstehen sollte, aus der Bearbeitung herausgenommen werden muss.

Alternativ dazu wird eine andere Fläche ebenfalls gerodet und an die bereits abgegrabene Fläche angepasst.

Ein neuer Finanzierungsplan wurde aufgestellt und der Förderbehörde zugesandt. Eine mündliche Vorabzustimmung durch den zuständigen Mitarbeiter des NLWKN zur Änderung der Maßnahme wurde bereits erteilt.

3.3. Modellprojekt Tempo-30-Zonen

Das Land Niedersachsen beabsichtigt im Rahmen eines Modellprojektes, Daten über die Auswirkungen von Tempo 30 innerorts auf Lärm, Luft, Sicherheit und Verkehrsfluss zu erhalten. Die Bereitschaft zur Teilnahme an dem Projekt wurde vom Rat der Stadt Georgsmarienhütte mit Beschluss vom 06.04.2017 erklärt.

Die Kommunen werden voraussichtlich Ende Juni/ Anfang Juli aufgefordert, ihr Interesse zu bekunden. Zeitgleich soll das Ausschreibungsverfahren für die Gutachtenvergabe starten. Nachdem die Kommunen sich beworben haben, werden die Bewerbungen geprüft, insbesondere, ob die formalen Kriterien vorliegen, danach erfolgt ein Ranking.

Voraussetzungen für eine Teilnahme sind neben dem Vorliegen einer Gefahrenlage u.a. als weitere Kriterien die Verkehrsstärke auf dem jeweiligen Streckenabschnitt sowie die Anwohnerdichte. Voraussichtlicher Projektstart ist 2018, da nach der Auswahl der Kommunen erst der Ist-Stand ermittelt werden muss. Die Untersuchung wird von einem unabhängigen Gutachterbüro durchgeführt; Ausschreibung erfolgt in Kürze. Die Gutachtenvergabe wird sich - da eine EU-weite Ausschreibung erforderlich ist - voraussichtlich bis Ende März 2018 hinziehen.

3.4. Bau der Dütebrücke in der Eisenbahnstraße

Die Arbeiten zur Einbringung der Bohrungen für die vorgesehenen Pfahlgründungen sind in Verzug geraten, da das Bohrergerät noch nicht transportiert werden kann. Nach Auskunft der bauausführenden Firma Dröge liegt dies daran, dass der mit dem Transport beauftragte Subunternehmer die Transportgenehmigung noch nicht erhält. Die zuständigen Behörden seien durch einen großen Arbeitsanfall überlastet. Die Arbeiten sollen in Kürze fortgesetzt werden.

Der vereinbarte Zeitplan insgesamt wird dennoch eingehalten.

4. OTE Alt-Georgsmarienhütte Vorplanung Parkraumstudie Vorlage: BV/099/2017

Ausschussvorsitzender Beermann begrüßt Herrn Sudau von der gleichnamigen Planungsgemeinschaft aus Osnabrück, die die Vorplanung der Parkraumstudie in Alt-Georgsmarienhütte durchgeführt hat und übergibt an den Gast.

Herr Sudau stellt die als Anlage beigefügte Präsentation dezidiert vor.

Bürgermeister Pohlmann erkundigt sich nach der Breite der Stellplätze, ob diese mit 2,50m oder 2,75m geplant ist. Vom Vortragenden wird die Breite 2,50m genannt. Im Anschluss stellt Herr Pohlmann einen rechnerischen Fehler fest: in der tabellarischen Darstellung der Umgestaltung des Parkplatzes Karlstraße / Klöcknerstraße (ehemals Sparkasse) sind in der 2. Variante die Baukosten pro Stellplatz auf 3.550,00 € zu reduzieren.

Vom Vorsitzenden des Behindertenbeirats Herrn Poggemann wird in der weiteren Diskussion über die Ausgestaltung der Parkplätze vorgetragen, dass auch eine gewissen Anzahl an Stellplätze für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden sollten.

Nach Beendigung des Vortrages inklusive des zweiten Parkplatzstandortes bedankt sich Herr Beermann für den ausführlichen Vortrag.

Herr Dimek erklärt, dass für diese Maßnahme aktuell lediglich reduzierte Mittel in Höhe von lediglich 50.000,00 € zur Verfügung stehen. Herr Dimek stellt den Fehlbedarf von 26 Stellplätzen auf Rückfrage von Herrn Kompa klar. Dieser erläutert, dass dann die Verwaltung auch nicht mehr als 26 Stellplätze auf beiden Standorten zusammen schaffen sollte.

Bürgermeister Pohlmann möchte auch aufgrund der Höhe der Haushaltsmittel den Fokus zunächst auf den Standort Karlstraße / Klöcknerstraße (ehemals Sparkasse) gesetzt haben. Dies wird aus der Mitte des Ausschusses unterstützt, jedoch kann, so das Stimmungsbild im Ausschuss, keine der Fraktionen ohne weitere Beratung eine Entscheidung treffen.

Aufgrund des engen Zeitrahmens soll dieser TOP in die Fraktionen zurückgenommen werden. Jedoch soll der Fokus aufgrund der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zunächst ausschließlich auf den Standort Karlstraße/ Klöcknerstraße (ehemals Sparkasse) gesetzt werden.

5. Kirchstraße - Vorplanung zur Vernetzung der Dienstleistungseinrichtungen
Vorlage: BV/103/2017

Herr Dimek stellt die Vorlage der Verwaltung vor und nimmt auf die Projektsteckbriefe zur Ortsteilentwicklung Bezug. Hier sind entsprechend der beigefügten Unterlagen als Hauptziele unter anderem Schaffung von Aufenthaltsqualität, Netzworfbildung und Bildung von Spielbereichen dargestellt.

In der abschließenden Diskussion möchte Herr Sprekelmeyer eine Wegebeziehung über eine Treppenanlage von der Kirchstraße zur Schützenstraße geschaffen haben.

Frau Weckermann unterstützt diesen Vorschlag und ergänzt diesen mit der Bitte um Schaffung einer homogenen, sich einfügenden Fläche in diesem Bereich.

Nach der Darstellung der Fördermittel von ca. 50% möchte Herr Pohlmann den einbezogenen Bereich vergrößert haben.

Nach der Sammlung von verschiedenen weiteren Ideen, fasst Herr Beermann den Diskussionsinhalt zusammen.

Danach wird folgender geänderter Beschlussvorschlag einstimmig gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der vorgestellten Vorüberlegungen folgende Ideen mit in die Entwurfsplanung für den nächsten Fachausschuss am 14.08.2017 einzuarbeiten: Erweiterung des einzubeziehenden Bereichs bis hin zur Schule, Erstellung einer Treppenanlage zur Schützenstraße und Schaffung eines schlüssigen Konzeptes zur Schaffung eines Begegnungsplatzes unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Beziehungen der umliegenden u.a. auch historischen Gebäuden. Hierbei sind die Träger der angrenzenden Einrichtungen einzubinden.

6. Oberflächenentwässerung Im Mühlenbruch
Vorlage: BV/051/2017

Es wird auf den TOP 6.1 verwiesen.

6.1. Oberflächenentwässerung Im Mühlenbruch
Vorlage: BV/051/2017/1

Herr Möllenkamp stellt die Vorlage der Verwaltung vor und bezieht sich auf die schon vorgestellte Planung. Eine eventuelle Option ist mit dem Einbau von Winkelstützen Niederschlagswasser auf der Verkehrsfläche (Bachstraße) zurückzuhalten und dieses geordnet abzuleiten. Die Möglichkeit ist noch rechtlich zu prüfen.

Herr Sprekelmeyer erkundigt sich nach den ermittelten monetären Werten. Diese werden zurzeit noch vom Ingenieurbüro IPW ermittelt, lediglich die Ertüchtigung des alten Durchlasses kann die Verwaltung mindestens 400.000,00 € betiteln, so Herr Möllenkamp.

Ein großes Problem bei dem damaligen Starkregenereignisses war die Verstopfung des Kanals.

Nach Diskussion über die Sinnhaftigkeit der einzelnen Maßnahmen hält Herr Frühling fest, dass die Vergrößerung des Kanals zu einer, Verbesserung der Ablaufsituation führt. Die Verwaltung würde die Situation ebenfalls noch verbessern.

Herr Dierker erkundigt sich nach der rechtlichen Situation bezüglich des Durchlasses. Hierzu führt Herr Frühling aus, dass hier eine Mediationsvereinbarung vorliegt; diese beinhaltet keine Pflicht zur Erneuerung des alten Durchlasses. Die Stadt hat den Durchlass öffnen wollen und als dieser drohte einzustürzen, wurde er wieder verschlossen. Dieser Umstand ist dem Verwaltungsgericht Osnabrück so mitgeteilt worden.

Da in der weiteren Diskussion ein hoher Klärungsbedarf insbesondere hinsichtlich der Kosten besteht, schlägt Bürgermeister Pohlmann vor, eine Fachausschusssitzung am 12. Juni 2017 einzuschieben, um dieses Thema unter Berücksichtigung der Kosten abschließend zu beraten. Dieser Vorschlag wird einstimmig vom Ausschuss angenommen.

**7. Bebauungsplan Nr. 26 "Frommeyerweg/Fasanenweg"
(Alt-GMHütte) - 2. Änderung Ergebnis der Beteiligung
der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der
Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB -
Abwägung
Vorlage: BV/079/2017**

Herr Frühling stellt die Vorlage der Verwaltung vor. Hiernach erkundigt sich Herr Beermann nach dem Einrücken der nördlichen Baugrenze. Daraufhin erläutert Herr Frühling den gesetzlichen Mindestabstand und ergänzt, dass diese gesetzliche Regelung als Mindestregelung für die Änderung des Bebauungsplanes ausreichend ist. Die festgelegten Grenzabstände bleiben so bestehen.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Nach Abwägung der in den Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen wird der Bebauungsplan Nr. 26 „Frommeyer/Fasanenweg“ - 2. Änderung mit der Begründung als Satzung gemäß § 10 BauGB beschlossen.

Das Verfahren wurde gemäß § 13 a BauGB durchgeführt.

**8. Bebauungsplan Nr. 106 "Ortkern Oesede-West"
Beschluss zur Aufstellung einer 9. Änderung und
Beschluss zur Beteiligung gem. BauGB
Vorlage: BV/097/2017**

Herr Frühling stellt die Vorlage der Verwaltung dar und bedauert die erneute Änderung des gerade neu aufgestellten Bebauungsplanes.

Im Anschluss hieran erkundigt sich Ausschussmitglied Lorenz, wer die entstandenen Kosten trägt. Herr Frühling erwidert, dass sich die Kosten relativ gering darstellen, da die Stadt Georgsmarienhütte selbst die Planung durchgeführt hat. Er betont dennoch, dass er mit dem Eigentümer eine Kostenübernahmeerklärung vereinbaren werde.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Die Aufstellung einer 9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 106 „Ortskern Oesede – West“ wird beschlossen. Das Verfahren wird als vereinfachtes Verfahren nach den Vorschriften des § 13 BauGB durchgeführt, da die Grundzüge der Planung nicht betroffen sind. Städtebauliches Ziel ist die Erhöhung der festgesetzten zwingenden Eingeschossigkeit zugunsten einer max. zweigeschossigen Bauweise. Das vorliegende Plankonzept wird als Entwurf beschlossen, die Beteiligung der Öffentlichkeit ist als Nachbarbeteiligung durchzuführen.

**9. Bebauungsplan Nr. 283 "Innenentwicklung Glatzer Straße/Ottoschacht" -Antrag zur Aufstellung
Vorlage: BV/087/2017**

Herr Frühling präsentiert die Vorlage der Verwaltung.

Im Anschluss daran erkundigt sich Frau Luchtefeld nach der geplanten Erschließung, ob diese über die Grundstücke der Vorderlieger erfolgen sollte. Dies wäre aus Sicht von Herrn Frühling die logischste Lösung, was aber im laufenden Verfahren zu klären sei.

Frau Weckermann möchte die Meinung der Anwohner „Am Hang“ in Bezug auf die Schaffung der Möglichkeit einer Zweitbebauung der darunterliegenden Grundstücke eingeholt haben.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wird die Verwaltung gebeten, die gesamten Anwohner der „Glatzer Straße“, „Am Hang“ und „Nördlich Ottoschacht“ offiziell anzuschreiben, um das Interesse an einer weiteren Bebauung festzustellen. Die Vorstellung des Ergebnisses zur nächsten Sitzung zum 12.06.2017 sagt Herr Frühling zu.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Interessenabfrage der Anwohner der „Glatzer Straße“, „Am Hang“ und „Nördlich Ottoschacht“ in Bezug auf eine Zweitbebauung der Grundstücke durchzuführen. Das Ergebnis ist in der folgenden Sitzung darzustellen.

**10. Erlass einer Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 215 "Gewerbegebiet Werner-von Siemens-Straße" - Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/089/2017**

Herrn Frühling stellt die Vorlage und die Beschlussempfehlung der Verwaltung kurz vor.

Danach wird folgende Beschlussempfehlung einstimmig gefasst:

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 215 „Gewerbegebiet Werner-von-Siemens-Straße“ wird gem. § 14 BauGB i. V. m. § 16 BauGB zur Sicherung der Bauleitplanung eine Veränderungssperre erlassen.

**11. Bebauungsplan Nr. 213 "Im Sundern" - 1. Änderung - Abwägung der Stellungnahmen zur 2. erneuten Beteiligung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB - Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/086/2017**

Herr Frühling stellt die Vorlage der Verwaltung vor und nimmt auf die von 11m auf 9m geänderte Fristhöhe Bezug.

Im Anschluss daran erkundigt sich Ausschussmitglied Lorenz, wie die Stadt Georgsmarienhütte das in den textlichen Festsetzungen unter § 5 aufgestellte Pflanzgebot bei Nichtbefolgung durchsetzen will. Herr Frühling antwortet, dass diese Fälle Teil der neu ausgeschriebenen Stelle in der Umweltabteilung sei. Durchzusetzen ist dieses Gebot auf Grundlage von § 178 Baugesetzbuch.

Herr Lorenz erklärt, dass seine Fraktion gegen die Beschlussempfehlung vor dem Hintergrund der Lärmschutzproblematik stimmen werde.

Folgender Beschlussvorschlag wird bei 2 Neinstimmen und 11 Jastimmen beschlossen:

Der Bebauungsplan Nr. 213 „Im Sundern“ –1. Änderung wird als Satzung gemäß § 10 BauGB beschlossen. Der Bebauungsplan wurde als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB aufgestellt.

**12. Flächennutzungsplan 74. Änderung / Bereich "Im Spell / Stadtring" (Oesede)
Beschluss zur Aufstellung
Vorlage: BV/095/2017**

Der Tagesordnungspunkt 12 wird zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 13 beraten.

Herr Frühling stellt die Vorlage der Verwaltung vor. Er schlägt die Einleitung eines Planverfahrens vor, damit die Fläche bewertet und eingeordnet sowie in diesem Zuge die Möglichkeit einer Bebauung geprüft wird.

Frau Weckermann sieht in der zur Diskussion stehenden Fläche eine Waldfläche. Diese wurde zum Teil von den Anwohnern gepflanzt. Aus topographischer Sicht ist das Grundstück schwer zu bebauen und seitens der Bundesstraße werden Lärmemissionen ausgelöst. Daher wird die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen gegen die Beschlussempfehlung stimmen.

Dies wird von der Breite des Ausschusses unterstützt.

Frau Lüchtfeld regt an, vor einer Entscheidung diesen Punkt in die Fraktion zurückzunehmen.

Herr Sprekelmeyer sieht für seine Fraktion keinen Bedarf auf Zurückverweisung. Es sollte in der Sitzung hierüber abgestimmt werden. Dies wieder auch vom Ratsherrn Kompa unterstützt.

Danach meldet sich Ausschussmitglied Lorenz zu Wort und erklärt, dass er nicht nachvollziehen könne, wie die Verwaltung dieses wertvolle Grundstück verkaufen wolle. Darauf erwidert Bürgermeister Pohlmann, dass nicht die Verwaltung diese Entscheidung treffen kann, dies liegt allein in der Verantwortung der Politik. Letztlich geht es hier um den Beschluss zur Einleitung eines Bauleitplanverfahrens.

Danach lässt Herr Beermann abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 1 Enthaltung einstimmig abgelehnt:

Die 74. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich zwischen den Straßen „Im Spell/Stadtring/B51“ (Abgrenzung lt. Anlage zur Vorlage) wird gem. § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

**13. Bebauungsplan Nr. 284 "Im Spell / Stadtring"
Beschluss zur Aufstellung
Vorlage: BV/096/2017**

Es wird auf die Ausführungen zu TOP 12 verwiesen.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 1 Enthaltung einstimmig abgelehnt:

Gem. § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 2 Abs. 1 BauGB wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 284 „Im Spell / Stadtring“ beschlossen.

14. Beantwortung von Anfragen

14.1. Höhenunterschied Feldweg zu Unterer Gartbrink

Anfrage zum Höhenunterschied Feldweg zu Unterer Gartbrink

Frau Lüchtfeld weist auf einen Höhenunterschied zwischen dem Feldweg von der Landvolkhochschule kommend auf die Straße Unterer Gartbrink hin und bitte um Angleichung.

Antwort der Verwaltung:

Es handelt sich dabei um Entwässerungsmulden, die zur Ableitung des Oberflächenwassers bei Starkregen angelegt wurden. Eine Anpassung ist vor diesem Hintergrund nicht möglich. Der Weg zur Landvolkhochschule ist ein Interessentenweg.

14.2. Regenrückhaltebecken Kruseweg

Anfrage zum Regenrückhaltebecken Kruseweg

Frau Weckermann erläutert, dass der Fußweg beim Regenrückhaltebecken Kruseweg wegbriecht. Dort sei viel Wasser im Boden. Hier sollte aus ihrer Sicht ein vernünftiges Konzept zur Behebung des Problems erarbeitet werden.

Antwort der Verwaltung:

Der Hinweis wurde aufgegriffen und wird derzeit geprüft. Nach der Sommerpause soll weiter berichtet werden.

14.3. Baumfällarbeiten unterhalb Forsthaus

Anfrage zu den Baumfällarbeiten unterhalb Forsthaus

Herr Lorenz fragt an, ob die Verwaltung was zu den Baumfällarbeiten unterhalb des Forsthauses weiß. Ob diese Arbeiten gesetzeskonform angezeigt wurden.

Antwort der Verwaltung:

Bei der von Herrn Lorenz abgesprochenen Fläche handelt es sich um eine Privatfläche. Die Fläche ist kleiner als 0,5 ha. Für eine Anzeigepflicht der Arbeiten ist kein Grund erkennbar.

14.4. Abfallsammelstelle Bardinghaushof

Anfrage zu der Abfallsammelstelle Bardinghaushof

Herr Lorenz erklärt, dass einem Grundstück beim Bardinghaushof als Müllsammelstelle missbraucht wird. Er bittet um Lösung des Problems.

Antwort der Verwaltung:

Allem Anschein nach handelt es sich um ein Privatgrundstück. Die Beseitigung von Müllablagerungen kann aus Sicht der Verwaltung nur dann gefordert werden, wenn von diesem eine konkrete Gefahr ausgeht (Beispiel: Autowrack mit Altöl, welches ins Erdreich zu dringen droht). Fall wird aber noch abschließend geprüft.

15. Anfragen

15.1. Plakattafeln zur Bundestagswahl

Anfrage vom Ausschussmitglied Lorenz:

Herr Lorenz bittet um Aufstellen der Plakattafeln zur Bundestagswahl.

Antwort der Verwaltung:

Herr Pohlmann erklärt, dass diese Anfrage mit in der VA genommen wird.

15.2. Springkraut

Anfrage Ausschussmitglied Lüchtefeld:

Frau Lüchtefeld möchte wissen, wie die Stadt mit dem Springkraut umgehen möchte. Ihrer Meinung nach gibt es irgendwelche EU-Richtlinien hierzu.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Beermann
Vorsitz

i. A. Bürgermeister

Kovermann
Protokollführung